



Grafik: e-mobil BW

verbreiten, werden 2030 in den auf den Antriebsstrang spezialisierten Werken zwischen 25 und 46 Prozent weniger Jobs benötigt – in Summe sind das bis zu 31.000 Stellen. Dabei wurden zwei Szenarien der Elektrifizierung zugrunde gelegt, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Im zweiten fährt 2030 jedes zweite Neufahrzeug in der EU elektrisch, im ersten sind es 15 Prozent. Heute arbeiten 70.000 Beschäftigte in Baden-Württemberg am Antriebsstrang, im ganzen Automobilcluster des Südwestens sind es knapp 470.000 (siehe Grafik).

Auf den ersten Blick klingen die Zahlen verglichen mit anderen Schreckensszenarien verkraftbar. Allerdings stehen diese unter dem Vorbehalt, dass die hiesige Industrie auch bei den künftigen Antriebstechnologien ihre weltweit führende Innovationsrolle behält und bei neuen Komponenten Marktanteile in ähnlicher Höhe wie heute gewinnt, heißt es in der Studie. Dabei sei etwa wichtig, »dass die Unternehmensstrategien um Konzepte zur nachhaltigen Entwicklung der betroffenen Standorte ergänzt werden, damit möglichst viele neue Komponenten in den Produktionswerken angesiedelt werden können.«

# Unter Strom

**Studie zur Elektromobilität.** Der Umstieg vom Verbrenner auf E-Antriebe geht mit der Angst um Arbeitsplätze einher. Eine neue Studie für Baden-Württemberg sieht auch Chancen – und Verantwortung für hiesige Standorte.

Zehntausende, Hunderttausend oder vielleicht sogar doppelt so viele? Bei der Frage, wie viele Arbeitsplätze der Umstieg vom Verbrennungsmotor auf Elektroantriebe die deutsche Automobilindustrie kosten wird, herrscht keine Einigkeit. Jetzt hat die Landesagentur e-mobil BW eine weitere Studie mit neuen Zahlen für Baden-Württemberg veröffentlicht. Allerdings auch mit einer neuen Erkenntnis: »Nicht die

Transformation zur Elektromobilität selbst, sondern verpasste Gestaltungschancen bei deren aktiver Weiterentwicklung können die wirtschaftliche Stärke Baden-Württembergs gefährden«, heißt es dort. Eine gelungene Transformation kann die Stärken also weiter ausbauen und »hierfür sind gemeinsame Anstrengungen aller Branchenakteure und eine aktive industriepolitische Unterstützung notwendig«, so die Studienautoren.

**Weniger Jobs, aber neue Chancen.** Dass am Wandel der Autoindustrie kein Weg vorbei führt und dass dieser auch in Baden-Württemberg Arbeitsplätze kosten wird, daran lassen auch sie keinen Zweifel. Das Besondere: Die Folgen werden auf die bestehenden Standorte heruntergebrochen; zudem werden auch Beschäftigtengruppen außerhalb der Produktion berücksichtigt, etwa in Forschung und Entwicklung. Ergebnis: Je nachdem, wie schnell sich Elektromobile

**Bestehende Standorte im Fokus.** IG Metall-Bezirksleiter Roman Zitzelsberger unterstützt das: »Beschäftigte brauchen gerade in Zeiten des Wandels Sicherheit. Die Studie unterstreicht diese Herausforderung und ruft zur Zukunftsausrichtung der hiesigen Autostandorte auf.« Die Transformation von den bestehenden Standorten heraus zu denken, sei richtig. Jetzt werde es höchste Zeit, dass die Verantwortlichen in zukunftsfähige Produkte investierten und die Politik mehr zur Sicherung von Beschäftigung beitrage. Die IG Metall erstellt dafür gerade mit ihren Betriebsräten einen sogenannten Transformationsatlas entlang der bestehenden Standorte.

Mit Sorge reagiert Zitzelsberger auf angekündigte Sparprogramme in einigen Unternehmen. Statt schwere Zeiten anzukündigen, müssten jetzt belastbare Personal- und Zukunftskonzepte auf den Tisch, betont er. Dies werde die IG Metall notfalls mit Protesten im ganzen Land einfordern. Zudem sei eine eigene Zellfertigung unerlässlich, um als Automobilstandort weiterhin führend zu sein. »Nur wer die Industrialisierung von Zellen und Batterien beherrscht, spielt ganz vorne mit.«

Petra.Otte@igmetall.de



## Landesagentur für neue Mobilität

Die e-mobil BW ist die Innovationsagentur und Kompetenzstelle des Landes. Sie gestaltet mit Partnern aus Wirtschaft, Wissenschaft und öffentlicher Hand den Wandel zu einer automatisierten, vernetzten und elektrischen Mobilität. An der von e-mobil beauftragten Studie waren das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V., das IMU-Institut und die Bridging IT GmbH beteiligt. Weitere Informationen unter:

## Fachtagung für Weiterbildung

Am 18. Juli 2019 laden die AgenturQ und die Regionaldirektion Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit zur Fachtagung »weiterbilden#wiederdenken – Berufliche Weiterbildung für Industrie 4.0« in die Sparkassenakademie nach Stuttgart. Von 10 bis 15 Uhr diskutiert Wirtschaftsministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut mit den Spitzen von IG Metall, Südwestmetall und der Arbeitsverwaltung über die Bedeutung von beruflicher Weiterbildung für die Zukunft des Wirtschaftsstandorts. Dr. Josephine Hofmann vom Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation (IAO) berichtet über neueste Forschungsergebnisse zur Weiterbildung in der Praxis; entsprechend richtet sich die Veranstaltung unter anderem an Betriebsräte. Anmeldung und weitere Infos: [agenturq.de/service/fachtagung\\_am\\_18\\_juli\\_2019/](https://agenturq.de/service/fachtagung_am_18_juli_2019/)

## Erschließungsarbeit unter der Lupe

Über politische Macht, finanzielle Kraft und gesellschaftliche Legitimation vieler Organisationen entscheidet die Zahl ihrer Mitglieder. Die Mitgliederzahlen der IG Metall entwickeln sich – gegen den allgemeinen Trend – seit Jahren positiv. Die Otto-Brenner-Stiftung untersucht in einer Studie, welche Rekrutierungs- und Aktivierungsarbeit dafür vonnöten war und fragt, wie Gewerkschaften in Betrieben, der Gesellschaft und gegenüber der Politik wieder stärker handlungsfähig werden können. Eine zentrale Antwort sehen die Wissenschaftler in der sogenannten Erschließungsarbeit: Die Studie präsentiert die maßgeblichen Konzepte, analysiert den inneren Prozess der Umsetzung und leuchtet erste Erfahrungen aus den Erschließungsprojekten aus. Die komplette Studie gibt es hier:

otto-brenner-stiftung.de  
 → Presse

# Duales Studium: 7500 Unterschriften gegen Rückzahlungsklauseln

**Studierende der Dualen Hochschule Baden-Württemberg wehren sich mit fast 7500 Unterschriften gegen sogenannte Rückzahlungsklauseln in ihren Studienverträgen. Diese seien in hohem Maße ungerecht, kritisieren die Unterzeichner. Die IG Metall sieht das genauso.**

Seit dem Studienbeginn 2018 sind die Studienverträge der DHBW für Rückzahlungsklauseln geöffnet. Diese Klausel ermöglicht dem Ausbildungsunternehmen während des Studiums gezahlte Leistungen von dem Studierenden zurückzufordern. Sollte der Studierende abbrechen, exmatrikuliert werden oder nach dem Studium beschließen, den Arbeitgeber zu wechseln, können Arbeitgeber von der Klausel Gebrauch machen. Für viele Studierende besteht nun die Gefahr hoher finanzieller Forderungen – denn zurückgefordert werden kann praktisch alles jenseits der Ausbildungsvergütung, also Urlaubs- und Weihnachtsgeld ebenso wie Fahr-, Wohn- und Bücherzuschüsse.

Damit sie weiterhin ohne finanzielles Risiko studieren können, hat die Verfasste Studierendenschaft der DHBW eine Petition gestartet. »Dazu waren wir gezwungen, nachdem wir in der Gremienstruktur der DHBW kein Gehör gefunden haben. Es ist im höchsten Maße undemokratisch, dass diese Bestimmungen dem arbeitgeberdominierten Aufsichtsrat überlassen werden«, sagt Georg Frey, Vorsitzender des Allgemeinen Studierendenausschusses (ASa) der DHBW. An den Standorten der

DHBW haben die örtlichen Studierendenvertretungen in den letzten Monaten knapp 7500 Unterschriften für die Petition gesammelt. Dabei wurden sie maßgeblich von der IG Metall unterstützt.

Als besonders unfair wird empfunden, dass die vorgegebenen Klauseln in der Regel einseitig abgeschlossen werden. Das heißt: Die Studierenden erhalten im Gegenzug zu ihrer Verpflichtung meist keine verbindliche Zusage auf einen angemessenen Arbeitsplatz nach dem Studium. Frey: »Die Entscheidung, Rückzahlungsklauseln in den Studienvertrag aufzunehmen, wurde an den Studierenden vorbei gefällt und dient offenbar allein den unternehmerischen Interessen der dualen Partner.«

**Petition geht an Aufsichtsrat.** Mit der Petition fordern die Studierenden, die Rückzahlungsklauseln wieder zu entfernen. Die Unterschriften gehen an die Aufsichtsratsvorsitzenden der DHBW, Wissenschaftsministerin Theresia Bauer und Daimler-Personalvorstand Wilfried Porth. An einer Veranstaltung im DGB-Haus, bei der Studierende auf ihre Situation aufmerksam gemacht haben, wollten keine Vertreter der DHBW teilnehmen.



Die DHBW ist mit circa 34 000 Studierenden die größte duale Hochschule Deutschlands. Das Studium gliedert sich in Theorie an der Hochschule und Praxisphasen in Unternehmen, in denen die Studierenden jeweils beschäftigt sind. Hier gibt es mehr Informationen zum Thema:

hochschulinformationsbuero.de → Baden-Württemberg



Unterstützung beim Protest: Studierende der DHBW mit Bezirksleiter Roman Zitzelsberger (links vorne) und DGB-Landeschef Martin Kunzmann (ganz rechts)